

Calmer Calwblatt

Nr. 58.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Ercheinung: 5 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. wöchentlich. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernruf. 9.

Freitag, 11. März 1921.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zählerlohn Mk. 12,90 die jährlich 6 Mal wöchentlich. — Abgabe der Anzeigenannahme 2 Uhr vormittags.

Verhandlungen im englischen Unterhaus. Eingabe des Erdölverleihsgegesetzes. Der Strich um den Hals der Entente.

Lloyd George teilte gestern im Unterhaus mit, daß die Belegvorlage betreffend die 50%ige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren heute im Unterhaus eingebracht werden solle. Es sei sehr wichtig, daß das Gesetz so bald wie möglich in Kraft trete. — Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterschrift unter den Versailler Vertrag in Ehren zu halten. Irgendwelche Änderungen könnten nur mit freier und voller Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. — Sir Edward Carson sagte, der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhaus und das ganze Land hinter sich. Es sei wesentlich, dies der deutschen Regierung klar zu machen. — Clynnes erklärte, der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Ueber-einkommens zu erreichen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die jurch-tbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch er-höhen würden. Die bisher angewandten Maßnahmen mach-ten Deutschland unähig zu zahlen. Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynnes, wieviel von diesen letzten Be- schlüssen auf Rechnung Frankreichs und wie wenig davon auf Rechnung Englands lören. Clynnes forderte Aufschluß dar- über, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen zuzustimmen. Er sagte, er stimme nicht mit Lord George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich ge- macht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesien sei das stärkste Ar- gument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Für die bis- herigen Verzögerungen seien die Alliierten zum Teil selbst ver- antwortlich. Hätte Lord George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche Frist baten? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben wer- den. Wir haben den Krieg bekämpft, um den Krieg ein Ende zu machen. Wir bekommen jedoch einen Frieden, der weitere Kriege zur Gewissheit macht. Clynnes fragte, ob denn der Völkerverbund so schadhaf sei, daß er diese materiellen und finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu raseln vermöge.

Regelung der Orientfrage

Paris, 11. März. Der Agence Havas wird aus London ge- meldet: Gestern Morgen fanden Besprechungen statt, die das Ziel verfolgten, die Griechen und die Türken zur Annahme eines Ver- gleichs zu bewegen, der die Orientfrage regeln soll. Während Lloyd George, Sunnoris und Kologeropoulos empfing, besprach sich Briand, von Graf Sforza unterstützt, in seinem Hotel mit den türkischen Delegierten. Es scheint, daß die Grundlagen zu dem derzeit vorgelegenen Vergleich folgende sein dürften: Räumung von Konstantinopel, Kontrolle der Meerengen größ- tentheils durch die Türken, wobei Tozant internationalisiert und Gallipoli unter griechische Kontrolle gestellt würde. Selbstverwal- tung von Smyrna mit gewissen Verwaltungsvorrechten Griechen- lands, wobei der Hafen für den türkischen Handel freigegeben würde. Briand wurde von der Konferenz beauftragt, die Türken zur Annahme dieses Entwurfs zu bewegen, was Lloyd George seinerseits mit den Griechen versuchen soll. Trotz der Vorteile, die sich dadurch der Türkei bieten, scheinen die ottomanischen Delegierten sich auf den Vorschlag der Entsendung eines Unter- suchungsausschusses nach Smyrna und Thrazien beschränken zu wollen. Sie erinnern ganz mit Recht daran, daß dieser Vor- schlag von den Alliierten selbst gemacht worden sei und sie sich sofort ohne Schwierigkeiten damit einverstanden erklärt hätten. Wenn die Alliierten auf die Selbstständigkeit Smyrnas Wert legen würden, so würden die Delegierten von Angora jetzt gestehen, daß sie keine ausreichenden Vollmachten besäßen, um sich diesem Ausglick anzuschließen, ohne wenigstens ihre Nationalversammlung zu befragen, deren ablehnende Antwort wohl außer Frage stehe. Infolge dieser Unterredung ist der Oberste Rat gestern Mittag zusammengetreten. Wenn die beiden Parteien diese Ent- scheidung auf der mittleren Linie nicht annehmen, so werden die Großmächte für die Griechen und die Türken wahrscheinlich alles beim alten lassen, bis eine oder die andere der beiden Nationen um ihren Schiedspruch nachsucht, so wie es ihnen vorgeschlagen worden war. Die Sonderverhandlungen zwischen den Türken und den Franzosen über Cilicien nehmen einen günstigen Ver-

lauf. Man darf mit der demnächstigen Unterzeichnung eines be- friedigenden Abkommens rechnen.

Dr. Simons zur Reparationsfrage.

Berlin, 10. März. Die von der Entente-epresse wiederbegebenen angeblichen Äußerungen von Dr. Simons über die Fort- führung der Verhandlungen in der Reparationsfrage werden vom „Berliner Tageblatt“ auf Grund von Mitteilungen aus authentischer Quelle dementiert. Reichsminister Dr. Simons habe in London keinem ausländischen Pressevertreter irgendwelche Erklärungen abgegeben und habe insbesondere nicht davon ge- sprochen, daß er demnächst nach London zurückkehren werde. Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen neue Verhandlungen mit den Alliierten ausgenommen werden könnten, stehe jetzt nicht zur Debatte. Das deutsche Volk werde die neuen Prüfungen bestehen müssen und ausharren, bis die ruhige Ueberlegung in den alliierten Ländern wieder die Oberhand gewinne, beson- ders die Erkenntnis, daß auch noch so raffinierte Strafmaßnah- men keinen Pfennig hervorzaubern könnten. Von Vorbereitungen zu einer etwaigen Fixierung einer neuen Verhandlungsphase könne zunächst keine Rede sein. Die ferneren deutschen Ent- scheidungen würden von der Abstimmung in Oberschlesien maß- gebend beeinflusst werden.

Die Schwierigkeiten des Reparationsproblems.

Paris, 11. März. Der französische Staatsminister, Mini- sterialdirektor Courtour, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Interessant“ in London auf die Frage, wie er die Lage auf- fasse, das Reparationsproblem sei das schwierigste, das seit Jahrhunderten der Menschheit gestellt worden sei. Es könne weder militärisch noch politisch, sondern nur durch Ueber-einkommen gelöst werden. Man könne Steuern erheben, Anleihen aufnehmen und die ausländischen Schulden zum Nutzen der Alliierten erhöhen. Die Verfasser des Friedensvertrages hätten zwei Dinge übersehen, die eine beträchtliche Rolle spielten: die wirtschaftliche Krise und den Sturz der Wechselkurse. Diese zwei Faktoren zwingen jetzt, ein Mittel zu finden, damit man bezahlt werde, ohne daß Deutschland die alliierten Länder mit seiner Ueberproduktion überflutet.

Protest gegen die Londoner Forderungen.

Berlin, 10. März. Die Sozialistische kommunistische Partei Deutschlands veranstaltete heute Nachmittag im Lustgarten eine

Versammlung, in der etwa zehn Redner gegen die harten Forde- rungen der Londoner Konferenz und gegen den internationalen Kapitalismus Protest er- hoben. An den Kundgebungen nahmen etwa 10 000 Personen teil, die nach Beendigung der Versamm- lung in kleinen Trupps abzogen. Einige hundert Mann brach- ten vor dem Rathaus Hochrufe auf Sowjetrußland aus. Zu er- wähnenswerten Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Deutsche Einigkeit in größter Not.

Berlin, 10. März. Bei der Reichsregierung lauzen ununter- brochen aus allen Gegenden des Reichs und aus allen Schichten der Bevölkerung in großer Zahl Kundgebungen ein, die das Ein- verständnis mit der Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Forderungen der Entente betonen und die Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, fest unter der Politik der Reichsregierung auszuhalten.

Hamborn unbezigt.

Berlin, 10. März. Nach Meldungen aus Düsseldorf soll die Besetzung der Stadt Hamborn nicht au- recht erhalten werden, der Kohlenhafen der August Thyssen-Hütte wird jedoch fest- gehalten.

Breßelnabelung.

Kaiserslautern, 11. März. Ueber familiäre Zeitungen der Pfalz ist gestern die Vorzensur verhängt worden.

Netze wer noch retten kann...

Endersheim, 11. März. Tausende von Personenkraft- wagen, Lastautos, Wagen usw. befuhren gestern und heute die zur Rheinbrücke führenden Straßen, um die Erreichung der neuen Zollgrenze nach Waren über den Rhein zu bringen. Manche Straßen waren mit Gefährten aller Art derart vollgefüllt, daß polizeiliche Absperzungen und teilweise Einfassungen des Straßenverkehrs notwendig wurden.

Immer neue Gemeinketten der Franzosen.

Berlin, 10. März. Nachrichten aus Duisburg zufolge er- schwern die französischen Besatzungsbehörden in den neu be- setzten Gebieten, besonders in Duisburg, die Tätigkeit der ver- einzigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Die Bureaus und die Aushilfsstellen der Verbände sind von den Franzosen aufgelöst worden. Auch die Fahrt zur Abstimmung wird von den Franzosen gestört. Die Reichsregierung hat sowohl bei der Internationalen Kommission in Opladen, als auch in Paris gegen das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden Pro- test erhoben.

Der 50% Abgabegesetz-Entwurf.

London, 10. März. Reuter erfährt, daß das Gesetz zur Durchführung der Vorschläge betreffend die Abgabe von 50 Pro- zent des Wertes eingeführter deutscher Waren jetzt im Entwurf fertig ist. Gestern Nachmittag beschäftigten sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen da- mit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu ent- werfen. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen der Konfe- renz heute im Unterhaus erörtert werden.

Ueber die Wirkungen der Zollbeschlagnahme

meldet der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Essen, daß sich be- reits unter den kaufmännischen Kreisen von Deutz eine große Unruhe bemerkbar mache. Die rechtsercheinlichen Aufträge bleiben aus. Bereits gegebene Aufträge werden zurückge- zogen. Der bisherige Schaden für Industrie und Handel in Deutz beläuft sich bereits auf Millionen. Aus Rheinland und Westfalen wird fast völliger Stillstand des Ausfuhrgeschäftes gemeldet.

Frankreich beim Zollregime der Geperllte.

Paris, 11. März. Der „Devoir“ fragt, ob nicht die Kon- trolle des Zollregimes in den Rheinlanden die Anbahnung einer vollständigen Beschlagnahme, nämlich die Konstatation der fiskalischen und der Einnahmen aus den Domänen, bedeute. Die Erhebung der 50%igen Abgabe auf die deutsche Ausfuhr sei in den Augen Lloyd Georges viel weniger als ein Mittel, die Reparationslaste zu füllen, gedacht, denn als Schutzwall gegen das Eindringen der deutschen Erzeugnisse. Es sei ge- wissermaßen ein Anti-Dumpinggesetz, das ihm vom Himmel falle, ohne die Unannehmlichkeiten einer gesetzgeberischen Maß- nahme gleicher Art. Dieser Vorauserhebung werde notwen- digerweise die deutsche Ausfuhr vermindern und die britische In- dustrie könne so ihre Erzeugnisse zu erhöhten Preisen absetzen. Was Frankreich anlangt, so könne es eine solche Sanktion nicht als wirklich wichtig ansehen. Es laufe bei diesem Geschäft stark Gefahr, der Geperllte zu sein. Für den Hauptgläubiger sei die Verarmung des Schuldners eine wenig angenehme Aus- sicht. Wenn dagegen der deutsche Außenhandel seine An- strengungen verdoppele, um die Märkte der neutralen Länder des Westens und des fernen Ostens zu erobern, so sei das eine fürchtbare Konkurrenz, die man so angereizt und ermüdet

Die Gesamt-Steuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung beträgt

in Frankreich nur $\frac{1}{8}$

in Deutschland aber $\frac{1}{5}$

des Durchschnittseinkommens

Lloyd George hat in seinen Reden zur Begründung der Pariser Forderungen wiederholt erklärt, daß in den Entente- ländern mehr Steuern pro Kopf gezahlt werden als in Deutsch- land. Diese Behauptung, die sich auf keine positiven Grund- lagen stützt, ist unrichtig. Man kann ein gerechtes Urteil nur abgeben, wenn man die Steuerlast des Einzelnen in Beziehung setzt zum Einkommen und berechnet, welchen Anteil des Ein- kommens die Steuerleistung ausmacht. Nun bezahlt aber in Frankreich die Bevölkerung pro Kopf nur $\frac{1}{8}$ des Durchschnitts- einkommens, während in Deutschland $\frac{1}{5}$ zu zahlen ist, wobei außerdem berücksichtigt werden muß, daß das Durchschnitts- einkommen in Deutschland niedriger ist als das in Frankreich.

alw.
zu erwartende
Mietpreise ein-
halten wir die
Antrag der Haus-
...
ort bei der
angewiesen, nur
die auf Erluden
en, teilzunehmen.
aufmerksam ge-
an die in letzter
nicht gebunden
ungen das Miet-
stelle anzurufen.
Friedensmieten
on feststellen und
Berein mitteilen.
Donnerstag, 17.
z im Kassehaus
Der Ausschuß.
ung.
s., mittags 1 Uhr,
er, unsere jährliche
mlung
fragen.
Karl Buhl
Beschau
irz ds. Is.
„Röfle“
ett
ere Hundefreunde.
für meinen Haus-
jüngeres fleißiges
ädchen.
Emma Häußler,
ildung, a. d. Brücke.
ht auf 1. April
Familie bravos,
ädchen,
n gedient hat und
schlafen kann.
wenn sagt die Ge-
le des Blattes.
tüchtiger
mermann
sofort eintreten
manuel Böcher,
Zimmergeschloß,
Dillweissenstein.
es Quantum
anntwein
am Tagespreis bei
h Dötting,
mpfrennerel,
Salzbach
M. Neuenbürg
rt werden.
rige Anmeldung
noch 20 Km
ockholz
ufen
arl Schänble,
umheim, b. Bären.
lier!
den Spalten
r kleinen An-
ngen findet
e praktische
usfrau gute
legenheit
berflüssig.
Hausgerät
zu ver-
kaufen!

haben. Wie man das Problem auch drehen und wenden möge, es könne nichts der Wirtschaft abträglicheres geben, als diese angeblichen wirtschaftlichen Sanktionen.

Ein Zeuge für die französische Schuld am Weltkrieg.

Während der Julikrise 1914 befand sich der frühere serbische Geschäftsträger zu Berlin, Dr. M. Voghtschewitsch wieder in der Reichshauptstadt. Dieser Serbe war und ist deutschfreundlich und ein Gegner der mit Serbien verbündeten Entente-Politik, über deren Pläne er genau unterrichtet war. Am 26. und 27. Juli 1914 befand er sich in Berlin, erkannte die ganze Gefahr der Lage und ging zu dem ihm bekannten französischen Vot-schafster Jules Cambon, um ihn zu warnen und das Seinige zu tun, in letzter Stunde den Krieg abzuwenden. „Es sei der letzte Augenblick zum Handeln, wenn man die Katastrophe aufhalten wolle. Ich ging noch weiter und erklärte klipp und klar, daß der Krieg meiner Ansicht nach Rußlands wegen unvermeidlich sei. Deutschland werde dann Frankreich ebenfalls angreifen, er möge dies nach Paris berichten, damit man in letzter Stunde wenn möglich Petersburg noch zurückhalte. Was antwortete mir hierauf Herr Cambon? Herr Cambon, der sonst bei viel geringeren Anlässen — z. B. gelegentlich der Skutarikrise 1913 — sich sehr erregt zeigte, nahm meine Mitteilungen gelassen auf und sagte nur: „Wenn Deutschland es auf den Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben; die englische Flotte wird die deutschen Häfen blockieren und in drei Wochen in den Hafen von Hamburg eindringen. Die französischen Militärs behaupten, daß sie das deutsche Heer glatt schlagen werden. Als ich mich von ihm verabschiedete, waren seine letzten Worte: „Gut auf!“

Nicht Worte freundschaftlicher Verwarnung an Serbien oder Ratschläge zur Mäßigung kamen diesmal aus seinem Munde, mit keiner Silbe deutete er die Nützlichkeit oder gar die Notwendigkeit französischer Vorstellungen in Petersburg an. Er machte auf mich den Eindruck eines Mannes, der sich mit der unvermeidlichen Tatsache des Krieges bereits abgefunden hatte. Von dieser meiner letzten Unterhaltung vor Ausbruch des Krieges mit Herr Cambon hatte ich die Gewißheit mitgenommen, daß der Krieg, falls er nicht bereits schon früher, gewiß anlässlich der Begegnung Poincarés mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war.“

Ausland.

Sprache der Kanonen vor Petersburg.

Kopenhagen, 11. März. Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Der Korrespondent der Zeitung „Helsing“ in Sanomat-Terijoki meldet unter dem 9. März abends, daß die Batterien von Kronstadt im Laufe des Tages die Küste bei Petersburg und Tarnowla mit schweren Geschützen beschossen haben. Der Korrespondent meldet weiter, daß die Erhebung bis auf weiteres nicht den Zweck habe, das Räteystem zu stürzen, aber gegen die Sowjetregierung gerichtet ist und namentlich gegen die an der Regierung befindliche kommunistische Partei, welche beabsichtigt, die Arbeiter zu unterdrücken. Die erste Forderung der Gegenrevolutionäre sei, daß alle das Recht haben sollten, an den Neuwahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Die Gegenrevolutionäre sind auch überzeugt, daß die Räteregierung allein Rußland nicht vom Ruin retten kann. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz an der Regierung gefordert. Die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung sei bisher nicht erhoben worden.

Petersburg in ausländischer Hand.

London, 11. März. Wie der „Times“ aus Riga gemeldet wird, ist nach einem offiziellen Bericht Petersburg mit Ausnahme zweier Bahnhöfe in der Hand der ausländischen. Die roten Truppen sollen schwere Verluste erlitten haben.

Nieder mit Churchill!

Paris, 10. März. Nach einer Havas-Meldung aus Alexandria ist Winston Churchill dort angekommen. Es sei zu einigen kleinen Kundgebungen gekommen. Die Manifestanten, die hauptsächlich der Schuljugend angehörten, hätten geschrien: „Nieder mit Churchill!“

Auf der Suche nach dem Mörder.

Paris, 10. März. Ein aristokratischer Klub in Madrid hat eine Belohnung von 500 000 Pesetas für die Entdeckung der Mörder des Ministerpräsidenten Dato ausgesetzt.

Deutschland.

Reichstagsauschussberatungen.

Berlin, 11. März. Die gestrigen Beratungen des Reichstagsauschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Londoner Verhandlungen sind um 9 Uhr abends abgebrochen und auf heute vormittag 10 Uhr vertagt worden. Trotz der Ausstellungen einzelner Abgeordneter an der Verhandlungsführung Dr. Simons herrschte im wesentlichen Uebereinstimmung darüber, daß die deutsche Delegation ihrer Aufgabe voll auf gerecht geworden sei. Die Besprechung im Reichstag über die Londoner Konferenz wird voraussichtlich Sonnabend stattfinden.

Der Steuerauschuß des Reichstags

nahm gestern nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Linken die folgenden Anträge an: Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 24 000 Mark des steuerbaren Einkommens 10 Proz., für weitere 6000 Mark 20 Proz., für weitere 5000 Mark 25 Proz., für weitere 5000 Mark 30 Proz., für weitere 5000 Mark 35 Proz., für weitere 5000 Mark 40 Prozent, für weitere 70 000 Mark 45 Proz., für weitere 80 000 Mark 50 Proz., für weitere 200 000 Mark 55 Proz., für weitere Beträge 60 Prozent. Die Einkommensteuer ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende Person um je 120 Mark. Bei den räumlich beschafften Arbeitneh-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betreff: Amerik. Weizenmehl.

Gegen die Ausschlagsmarke N. gültig bis zum 15. März 1921, können 300 Gramm Kochmehl zum Preis von M. 8.60 per Kilo gekauft werden.

Calw, den 10. März 1921.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann G. S.

Feldvereinigung in Ostelsheim.

Die am 5. März 1921 erfolgte Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Ostelsheim auf Ausführung einer Feldvereinigung in den Gewänden: Oberes Tal, Bögesäcker, Linnenäcker, Hengstleter Pfad, Stammheimer Weg, Melmen, Scheller und Maßholdertal der Markung Ostelsheim hatte folgendes Ergebnis:

Von 146 Teilnehmern mit einem Steuerkapital von 6503 M. 73 S. haben mit „ja“ abgestimmt 20 Teilnehmer mit 1034 M. 77 S. Steuerkapital. Nicht erschienen und daher als zustimmend anzusehen waren 66 Teilnehmer mit 2730 M. 89 S. Steuerkapital. Somit waren insgesamt als zustimmend anzusehen 86 Teilnehmer mit 3765 M. 66 S. Steuerkapital.

Mit „nein“ haben abgestimmt 60 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 2738 M. 07 S.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß den Beteiligten das Recht zusteht, innerhalb der unersetzlichen Frist von 2 Wochen vom Tag der Abstimmung an dem Oberamt die nach ihrer Ansicht der Ausführung des beschlossenen Unternehmens entgegenstehenden Gründe mündlich oder schriftlich darzulegen.

Calw, den 6. März 1921.

Oberamt: G. S.

mern hat der Abzug bei Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für je 4 Mark täglich, bei dessen Berechnung nach Monaten für je 100 Mark monatlich zu unterbleiben.

Der deutsche Ostbund

hat in der Angelegenheit der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet: Namens hunderttausender östlicher Flüchtlinge begrüßen wir zustimmend die feste Haltung der Reichsleitung gegenüber den ungeheuren Forderungen des Feindbundes. Diese würden unser Wirtschaftsleben zerrütten und dadurch den Flüchtlingsmassen den ohnehin schwierigen Wiederaufbau ihrer Existenz ganz unmöglich machen. Die deutschen Ostländer, die selbst schwerste Bedrückung erfahren, hoffen, daß die deutschen Brüder im Westen in solcher Selbstbehauptung sich mit den Lasten und Klagen der Besetzung abfinden werden. Die Feindbundsorderungen werden bewirken, daß bis auf den letzten Mann alles aufgegeben wird, Obereschlesien dem Reiche zu erhalten und dadurch sein Wirtschaftsleben und seine Wiederaufrichtung zu sichern. Durch Nacht zum Licht!

Die Ueberschichtarbeit der Bergleute abgelehnt.

Berlin, 10. März. Wie die Mütter aus Essen melden, sind die Verhandlungen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im rheinisch-westfälischen Bergbau und dem Zehnerverband wegen Verlängerung des Ueberschichtabkommens gescheitert. Es werden von Montag ab keine Ueberschichten mehr verfahren werden.

Treffende Antwort.

Nach einer Meldung des „Kotlanzeigers“ aus Altona hat die Handelskammer auf Grund eines Beschlusses der Hamburger Import- und Exportfirmen einstimmig beschlossen, allen Bevölkerungskreisen dringend zu empfehlen, vom Bezug und Kauf englischer, französischer und belgischer Waren vollständig Abstand zu nehmen, solange die Ententeländer das deutsche Wirtschaftsleben durch Gewalttaten vernichten wollen.

Der planmäßige geordnete Aufmarsch unjener Oberschlesier.

Berlin, 10. März. Der Transport der Abstimmberechtigten nimmt seinen planmäßigen Fortgang. Bis heute abend 8 Uhr waren alle Züge an ihren Bestimmungsorten entweder fahrplanmäßig oder mit nur geringen Verspätungen eingetroffen. Auch die Rückfahrt der Leerzüge verläuft planmäßig, so daß mit der pünktlichen Abfahrt der Züge auch in den kommenden Tagen gerechnet werden kann. Die Weiterbeförderung mit Wagen und Autos in die Unterfunktsorte verläuft ebenfalls reibungslos und die Verpflegungsstationen haben den an sie gestellten Anforderungen voll entsprochen. Es mehren sich die Nachrichten, daß polnische Flugblätter in großer Zahl bei Abstimmberechtigten im Reich eintreffen, mit denen versucht wird, die deutschgesinnten Stimmberechtigten in polnischem Sinn zu beeinflussen. Diese Versuche werden ebenso scheitern wie die, durch Drohbriefe die Stimmberechtigten im Reich von der Fahrt zurückzuhalten.

Oppeln, 10. März. Die ersten Sonderzüge mit Reichsoberschlesiern sind heute vormittag in Oberschlesien eingetroffen. Die spontanen Begrüßungen durch die Bevölkerung auf den Bahnhöfen gestalteten sich zu machtvollen Kundgebungen für Deutschland.

Französische Helfersdienste für Polen.

Berlin, 11. März. Wie die „Tägliche Rundschau“ aus Beuthen meldet, leisten an mehreren Plätzen Oberschlesiens französische Soldaten den Polen Wahlhilfe. In Tarnowitz kleben französische Soldaten polnische Plakate am Hause des deutschen Plebiszitbüros an. Der englische Kreisinspektor ließ die Soldaten zur Wache führen, wo der Vorgang zu Protokoll genommen wurde. Auch in Hindenburg versehen französische Soldaten in Uniform mit Stöcken polnischer Plakate unter dem Arm Helfersdienste für Polen.

Mörder vogelfrei!

Wie die Breslauer Zeitung von zuverlässiger Seite hört, ist der frühere polnische Unterkommissar von Oberglegau, Obremba, der wegen dringenden Verdachts in Oppeln verhaftet worden war, auf Veranlassung der internationalen Kom-

mission aus der Haft entlassen worden. Gegen Obremba schweben auch noch wegen anderer Vergehen Untersuchungen der Staatsanwaltschaft.

Expresstaktik der Polen.

Berlin, 11. März. Nach einer Mitteilung des Danziger Senats droht Polen, um Danzig den polnischen Forderungen bei den Wirtschaftsverhandlungen gefügig zu machen, mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen an Danzig, zu denen es vertraglich verpflichtet ist. Danzig müsse daher zu anderer weiter Lebensmittelbeschaffung greifen, wozu ein Mehraufwand von 40 Millionen nötig wird. Im Volltag wurde die Expresstaktik Polens aufs schärfste verurteilt.

Rückkehr der Auslandsdeutschen nach Ägypten und dem Sudan.

Alle Beteiligten werden gebeten, zwecks Zusammenschluß, Sichtung des Materials und Eingabe einer Petition an das „American Friends Service Committee“ sich an Hermann Schulze i. Fa. C. Schulze, z. Bt. Bielefeld, Bergstraße 17, zu wenden.

Die deutsche Mark im Steigen.

Nach einer Meldung der „Wost. Zeitung“ aus Warschau ist die deutsche Mark an der dortigen Börse trotz der Nachricht über den Abbruch der Londoner Verhandlungen und der Jastrafsetzung der Sanktionen weiter im Steigen begriffen. Die Mark, die am 7. März 14½ notierte, wurde am 8. März mit 15 gehandelt.

Vom deutschen Weinmarkt.

Das Weingeschäft verläuft immer noch still. Umsätze sind sehr zu stellen in Rheinhesen für 8500 bis 9500 M. für gezuckerte kleinere 120er Weine, für ungezuckerte kleinere Gewächse dieses Jahrgangs von 8000—9000 M., für bessere Naturweine von 10 000—20 000 M. und darüber, während 1919er bis zu 28 000 Mark zu stehen kam. Die Nahe gab 1920er zu 13—15 000 das Stück ab. Der Rheingau erlöste hierfür bis zu 28 000 M. das Stück, am Mittelrhein wurden für je 1000 Liter bis zu 15 000 Mark angelegt. Die Mosel notierte für den letzten Jahrgang von 10—25 000 M. für das Fuder. Die Pfalz setzte ihn zu 8000 bis 20 000 M. je 1000 Liter ab. Baden erzielte bis zu 1200 M. Franken bis zu 1600 M. für je 100 Liter 1920er.

Verhaftete Mörder.

Berlin, 10. März. Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatts“ aus Halle hat die dortige Polizeibehörde ermittelt, daß der seit Monaten vermiste Kinobesitzer Schatz und seine Ehefrau im März 1920 von den eigenen Söhnen mit einem Beil erschlagen und beraubt worden sind. Die Leichen wurden von den Mördern in einen Bach geworfen. Nachdem die Mörder das Kinounternehmen und die Wohnungseinrichtung der Eltern verkauft hatten, haben sie sich nach Magdeburg begeben, wo sie jetzt verhaftet worden sind.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. März 1921.

Ernenennung.

Albert Staub, Wiltbauer von hier, wurde laut Verfügung des Reichswehrministers vom 3. 3. 21 zum Leutnant der Landwehr mit dem Charakter eines Leutnants und Erlaßnis zum Tragen der Uniform ernannt.

Gestorben

ist gestern nachmittag im hiesigen Stadt. Krankenhaus nach ärztlichem Leiden Lammwirt Wolf Mammel von Wiltlingen. Der Verstorbenen war in der Gemeinde wie im ganzen Bezirke eine beliebte, allseits geachtete Persönlichkeit und darf die trauernde Familie allseitiger Teilnahme versichert sein.

Ein Jubiläum des Sonntags.

Am 7. März 321 n. Chr. erließ Kaiser Konstantin der Große das erste Sonntagsgesetz, durch das die Feier dieses christlichen Festtages in die Weltgeschichte eingeführt wurde. Seit 1600 Jahren haben wir also den christlichen Sonntag, der bisher nur eine rein kirchliche Bedeutung besaß. Das Sonntagsgesetz des Kaisers Konstantin (vom 7. 3. 321) bezeichnet den Beginn des Siegeszugs dieses Tages, der sich seitdem über die ganze Welt hin Geltung verschafft hat. Durch das Gesetz wurde der städtischen Bevölkerung unbedingte Arbeitseinstellung geboten, während man dem Landmann die Innehaltung der Arbeitsruhe noch freigestellte. Vor allem aber sollten an diesem Tage Gottesdienste abgehalten werden, und die Verordnung wollte es den christlichen Soldaten ermöglichen, ungehindert daran teilzunehmen.

Was dann?

Meint es das Schicksal nicht mehr gut, steht du vor bitteren Leiden, Dann Kopf hoch mit recht frohem Mut und dann —? „hindurch mit Freuden“.

Gedächtnisfeier für die Gefallenen der Gemeinde Hirsau.

Schon im letzten Jahre hat die Gemeinde Hirsau dem Gedächtnis der Gefallenen im Chor der Kirche ein Fenster mit deren Namen geweiht und nun hat der Besitzer des Gasthauses zum „Baldhorn“, Paul Nonnenmann, aus eigenen Mitteln ein künstlerisch ausgestattetes Gedächtnisbild mit den Fotografien der 29 gefallenen Heldenjöhne der Gemeinde Hirsau anfertigen lassen. Zur Weiße dieser Ehrentafel hatte Herr Schultheiß Walter und der Stifter auf letzten Samstag Abend 7½ Uhr in das Gasthaus zum „Baldhorn“, wo auch die Ehrentafel verbleiben wird, eingeladen. Das neu hergerichtete Lokal füllte sich bis auf den letzten Platz mit Bürgerfamilien, Angehörigen der Gefallenen und den verschiedenen Vereinen. Die schön ausgestattete Ehrentafel war mit Guirlanden geschmückt und mit Lorbeerzweigen hübsch umgeben und mancher suchte darauf das Bild seines Angehörigen, Freundes oder Bekannten. Schultheiß Maier begrüßte die Anwesenden in herzlichster Weise, dankte Herrn Paul Nonnenmann und seiner Gemahlin für die hochherzige Stiftung, hob die großen Heldentaten der für ihr Vaterland Gefallenen

hervor und ermahnte die Anwesenden, wenn es ihnen in den Tagen zwischen den Jahren aus und gab durch seine würdevolle Stimmung, sein Verhalten und seine Reden eine solche Wirkung zu erzielen, daß uns alle, ganz besonders heute entfallten, von Hirsau: Bilde verzeichnete für Eltern, Witwen der heutigen Abend eine gar heißen Schmerz des hiesigen Standes fühlte, die betrübten Gemütern vielen Gräber auf der Grabstätten schlief ein heiß betrauerter Mensch ein bitteres Vermischen, Grab mit Blumen schmückte dieses in hochherziger Fotografien der gefallenen Liebe und Erinnerung Erde sollen die Tapferen haben die teuren Toten ten lebendigen Ehrentafel Gemeinde; von den hiesigen zurückgeführt; sie haben taten und den herrlichen gefest sollen und berechnen und Kriegervereine unter einst so herrlichen fernem Heere auch nicht Siege zu ernten und unsere Braven nicht untreu und fest zusammen Denk des Vaterlandes unsere Pflicht tun, und diese Bilder sprechen zu fordern wir von Euch er einen prächtigen Lohn an der Gedächtnisfeier ein schönes passendes Gedächtnis auch 2 Schiller bekann sein Programm größter Wagner für den herrlichen währten Dirigenten, Herr Frau verlassen und die Wünschen für sein fern und Gebeten des von dem Scheidenden ein stimmungsvoll verlaufen mit dem Bewußtsein auch die ganze Gemein

Protest Württemberg

(S. 2.) Stuttgart, der Würt. Landtag zum Dr. Heber zu haltsauschusses namentlich ab: „Wir stehen richten, die uns den Rückreise unserer deutschen Bormarsch der Richtung neuer Polgrenz Vertrags von Versailles

Isabel

Kaiser Karl d. 42) Historische Erzählung Der Erzherzog, als fühlte sich ganz unermesslich, wie sie in Erde alle, ganz hingebend, daß beide froh waren, Duil gestellt zu sehen. Traun: es war ihm, als die ihm der Traun gevor dem Könige mit be Erde gedrückt; es war mit diesen Ketten zieber wurde ihm gebuldigt. aus einer Regung seitsch wieder zu dem Leichter Schatz geworden stierung über sein Glück bete sich unter seinen Besty dieses selbstgeschänten vorzog, das sich un solchen am Sonntag L. Della aber genöß wohl allen, als ein wunder aus Fenster rief, Sie gestrenzte Führer, nach Aufenthalts in den erkannten Fürstin ihres lange glücklich zu begl

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Brot usw. Kartenabgabe am Montag, den 14. März 1921 vormittags von 8-9 Uhr Buchstaben A-F, vormittags von 10-12 Uhr Buchstaben G-L, nachmittags von 2-3 Uhr Buchstaben M-R, nachmittags von 3-5 Uhr Buchstaben S-Z. Gleichzeitig werden neue Krankenlebensmittelkarten ausgegeben und zwar an Kinder unter 2 Jahren, an Personen über 70 Jahren und auf ärztliche Zeugnisse. Diejenigen Einwohner des Bezirks Calw, welche in Calw die Lebensmittelkarten nicht erhalten, können Krankenlebensmittelkarten bei ihren Schultheißenämtern bekommen. Die Karten sind zur vorgeordneten Zeit abzuholen und beim Empfang sofort nachzuzahlen. Für angeblich zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird daher ersucht möglichst keine kleine Kinder zu schicken. Die Kaufleute haben die Futtermarken 1 am Dienstag, den 22. ds. Mts. vormittags von 8-10 Uhr beim Stadtschultheißenamt abzuliefern.

Calw.

Brennholzzuweisung für 1921

am Montag, den 14. März 1921 und zwar für die Haushaltungen mit den Buchstaben A u B von 2-3 Uhr nachm. C, D, E von 3-4 Uhr nachm. F u G von 4-6 Uhr nachm.

Holz können nur solche Haushalte empfangen, die feinergeleitet ihrer Bestimmung nachgekommen sind, Abtreibung oder Veräußerung des zugewiesenen Holzes ist nicht gestattet. Von der Holzverteilung sind diejenigen ausgeschlossen, die mit der Bezahlung ihrer Schuld aus dem Vorjahr noch im Rückstand sind.

Den 10. März 1921. Stadtschultheißenamt: Krey.

Freundliche Einladung

zu den **Evangelisations-Versammlungen** des Herrn **Pavler Meier** aus Düren bei Pforzheim

welche von Sonntag, den 13. März bis einschließlich Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr im **Vereinshaus** stattfinden werden.

Beginn Sonntag Abend 8 Uhr.

Die Gemeinschaft der Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege.

Mörlingen, 10. März 1921.

Todes-Anzeige.

In tiefem Schmerz machen wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die Mitteilung, dass es Gott gefallen hat, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treuherzigen, unergelblichen Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Adolf Mammel,
Lammwirt

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren geistlich am Sonntag, den 14. März 1921, um 3 Uhr zu Gott in die ewige Heimat abzurufen.

Die tiefbetrübte Wittwe:
Marie Mammel, geb. Zeißler,
mit ihren Kindern **Adolf u. Emilie.**

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 2 Uhr statt.

Sute = Säcke

gute Qualität zu 16 Mark das Stück, bei Mehrabnahme billiger, sowie

Seilerwaren aller Art

empfiehlt

Heinrich Anafte, Neuhengstett.

Röttenbach.

Zwei Paar sehr starke Zug-Ochsen

hat zu verkaufen.

Adam Kugele.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Die **General = Versammlung**

findet am Samstag, den 19. März 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zum „Röhl“ in Calw statt.

Tagesordnung:

- Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
- Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
- Verwendung des Reingewinns.
- Erwählung des Aufsichtsrats.
- Festsetzung der Höchstätze im Sinne des § 30 Abs. 2 der Satzung.
- Entgegennahme des Berichts über die von Herrn Verbandsrevisor Schumacher am 2. und 3. Juli 1920 vorgenommene Revision unserer Bank.
- Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.

Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.

Calw, den 10. März 1921.

Für den Vorstand: Georg Wagner.
Für den Aufsichtsrat: Hans Fechter.

Schwarzwaldberein

Sonntag, 13. März 1921

Wanderung

Neuhengstett - Söndle - Weidenstadt (Ochsen); zurück über Predigtst. Altmarch 12h vom „Adler“.

Führer: Paul Dipp.

la Kernseife

300 Gr. Doppelstück (nicht 250 Gr.) Mk. 5.— empfiehlt **H. Hanber.**

Wegen Blahmangel 2 reifarbig, hochkräftige **Ziegen** zu verkaufen. **Witb. Hill,** Stuttgarterstraße 700. **Althengstett.** Einen schönen 8 Monate alten **Stier** hat zu verkaufen **R. Biersfort.** Geddingen. Eine gute **Sahr-Ruh** (neumelkig) u. einen schönen **Stier** zum Ansehen möhnen verkauft **R. Wörk, b. Schulhaus** Liebelsberg. Eine schwere 35 Wochen trüchtige **Kalbin** gut im Zug verkauft **Jakob Schwämmle.** **Hasenstall** 2teiliger, beinahe noch neu, ist billig zu verkaufen **Uhländstraße Nr. 698.**

Die Mesnerstelle an der evangelischen Stadtkirche ist neu zu besetzen. Bewerber wollen sich innerhalb von 8 Tagen bei dem Unterzeichneten erkundigen u. melden. Nähere Auskunft durch **Stadtpflege: Frey.** Den 10. März 1921. **Evangelischer Kirchengemeinderat:** Dekan Zeller.

Ullstein-Schnittmuster

für die Hausschneiderei

Nur durch die jeweilige Verkaufsstelle zu beziehen

in Calw: **Friedrich Häusler,** Buch- u. Papierhandlung, an der Brücke.

Am nächsten Sonntag, 13. März, mittags 2 Uhr wird Herr Landtagsabgeordneter **Hiller** aus Stuttgart im Saale der Brauerei Dreß einen **Vortrag** halten, über das Thema: **„Der Kleinhandel u. die Steuern“**

Sämtliche Kleinhändler des Bezirks sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen

Kleinhandelsbund Bezirk Calw.

Am Samstag und Sonntag halte ich **Michel-Suppe** und lade höflichst ein **Mina Mezger,** Untere Brücke.

Vortrag von Herrn Landtagsabgeordneter **Hiller** aus Stuttgart, über: **„Gewerbe u. Handwerk im Volksstaat“** in Liebenzell Sonntag, 13. März, Abends 8 Uhr, im Saal zum „Ochsen“. Jedermann ist dazu eingeladen vom Ausschuss der **Wirt. Bürgerpartei.**

Bad Liebenzell.

Hotel zum „Kurpark“ ab Samstag, den 12. März wieder eröffnet. **J. Sommer**

Hirsau.

Morgen Samstag und Sonntag **Michel-Suppe** wozu höflichst einladet **Eugen Ganzhorn,** zur „Schwane“.

Kleie verkauft in 70-Pfund-Säcken zu Mk. 24.50 im Auftrage der Oberamtspflege **Otto Jung.**

Für Brenner. Wir verkaufen ein neues **Vormaisbottich** m. Rührwerk, Rührschlange und Dampfleitung. **Geb. Dongus, Deckenpfronn.** 700-800 Stück **Zaunstecken** sucht zu kaufen. **Fr. Böhner, Alzenberg.** Verkaufe zwei **Hahnen** 1920 Brut. Lausche voll auch gegen **junge Hühner.** **E. Kaffz, zum „Bad. Hof“.**

Suche für meinen Haushalt ein jüngeres fleißiges **Mädchen.** Frau **Emma Häußler,** Buchhandlung, a. d. Brücke. **Wer nimmt ein 4 Wochen altes Kind in Pflege?** Näheres zu erfragen auf der Geschäftsstelle des **St. Jedes Quantität Branntwein** kann zum Tagespreis bei **Freih. Dittling, Dampfbrennerei, Calmbach** abgeliefert werden. Vorherige Anmeldung erforderlich.

Die Londoner

A. Pt. In der Frage die Schuld für das Mißgeschick auf Deutschland zu wälzen zu behaupten, die Deutschen geizig, getrieben von der Ansicht hat auch Lloyd George ausgesprochen. Die Parol liierten damit, daß Deutschland und die Welt bei Deutschland und die Welt lang habe. Dabei wird der Vorwurf gemacht, als schlesien hintertrieben brauchen eine freie und nicht zu fürchten. Was polnische Propaganda auf sich dort nicht das Beispiel holen könne. Es wird antwortend für diesen und der französische wieder erklären, daß die geschieden (aber unter dem dem nur als Alle der eine Verwaltigung. „Lungen“ in Aussicht gestellt gebrochen. Diesmal stehen frage nicht verwirren. **Kritik im** gegenüber Deutschland hohaus bis nachts 11 Uhr ludte das Haus immer angeblicher deutscher Außer wohl imstande sei, die füllen. „Einseitige Ante die „deutsche Kriegsschuld nötige Gewicht und der „gerechtigkeitsliebenden“ nachfolgend den Schluß London, 11. März. (1) Bei einer Frage dieser angerufen werden können gen Schritte habe jetzt die rung Chines könne nur Widerstand Deutschlands seien von den alliierten Beratung mit den deutsch den. Nachdem die allie ten, was die deutschen sie zu dem Schluß gekommen sei wirklich keine übermäß nächsten 30 Jahren 100 I seiner Ausfuhr bezahle. abgesehen davon, was ne zweite gefaßt wurde, da tragen. Das bedeute, d Sterling bezahlen könne. die Frage, weshalb der z men worden sei, er sei Obereschleien deutsch bleib gekommen und hätten er Dorf in Oberschlesien sei wie Oberschlesien sei der Denn wenn sich der Gebi gehe auch der Ausfuhrzo herab. Es handele sich n französische Erhebung, so Man könne nicht erklären berung an Deutschland, di wenn man auf ihrer G Europa in Verwirrung. Er wolle sogar noch weit einer Einigung mit De wisse, daß sie unter keine genommen, Deutschland g des englischen Volkes in dem das englische Volk d berung und sie niemals eine deutsche Regierung h gen. Lloyd George sagte,